

An dieser Stelle wurde der Antrag der Fraktion AUFBRUCH!,

10/0131 Errichtung einer Gesamtschule für Sankt Augustin mit Betriebsbeginn zum Schuljahr 2011/2012

mit behandelt.

Herr Lübken erläuterte die aktuelle Situation. Am 24.06.2010 wurde der Regierungspräsident (RP) aufgefordert, dies seitens der Stadt am 22.04.2010 und seitens des Landrates am 31.05.2010 aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Mit Schreiben vom 28.06.2010 stelle der RP fest, dass die gemeinsame Schulentwicklungsplanung der Städte Königswinter, Lohmar und Sankt Augustin gescheitert sei. Der RP habe den Landrat gebeten, eine Gesamtschule in Trägerschaft des Rhein-Sieg-Kreises mit Betriebsbeginn zum Schuljahr 2011/2012 einzurichten. Über die eingeleiteten Maßnahmen und Beschlüsse solle der Landrat den RP bis zum 31.08.2010 unterrichten. Der RP stelle darüber hinaus fest, dass es dem Rat der Stadt Sankt Augustin ungeachtet der Errichtung einer Kreisgesamtschule unbenommen bleibe, dem bestehenden Bedürfnis in der Region durch die Errichtung einer Gesamtschule in eigener Trägerschaft zu begegnen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung teilte Herr Köhler für die Fraktion AUFBRUCH! mit, dass der v. g. Antrag nicht aufrecht erhalten bleibe. Statt dessen verlas er den dieser Niederschrift als Anlage beigefügten neuen Antrag seiner Fraktion.

Für die CDU-Fraktion stellten Herr Schell und für die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Schmitz-Porten ebenfalls neue Anträge, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

Herr Schell stellte klar, dass seitens der CDU-Fraktion zunächst Informationsbedarf bestehe, bevor eine Entscheidung zu einer möglichen Kreisgesamtschule auf städtischem Gebiet oder einer eigenen Gesamtschule getroffen werden könne. Der Antrag seiner Fraktion sei daher allgemeiner gefasst. Entscheidungen könnten nach Vorliegen der erforderlichen Informationen in der Ratssitzung am 06.10.2010 getroffen werden. Der dokumentierte Elternwille müsse respektiert und umgesetzt werden. Eventuelle Vorbereitungen zu einer eigenen Gesamtschule sollten jedoch erst getroffen werden, wenn auf Ebene des Rhein-Sieg-Kreises Klarheit über die Errichtung der Kreisgesamtschule bestehe.

Herr Schmitz-Porten unterstrich, dass der von ihm verlesene Antrag eine Signalwirkung an den Landrat und den RP entwickle, eine Gesamtschule in Sankt Augustin zu errichten. Eine derart hohe Nachfrage an einer Gesamtschule könne keine der benachbarten Städte aufweisen. Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen seien auch die Chancen gestiegen, eine Gesamtschule im Ganztagsbetrieb zu führen. Eine Gesamtschule passe zur Schulplanung der Stadt und stelle einen Gewinn für Schüler und Eltern dar. Er vertrat die Auffassung, dass ein Interesse der Stadt Siegburg vor dem Hintergrund der bestehenden Christlichen Gesamtschule an einer weiteren Gesamtschule nicht bestehe, allenfalls in Form einer Dependance im Gebäude der leerstehenden Hauptschule „Im Haufeld“.

Herr Metz ergänzte, dass mit dem Antrag eine inhaltliche Positionierung erfolge und der Verwaltung klare Aufträge erteilt werden. Die Errichtung einer Kreisgesamtschule außerhalb des Stadtgebietes würde zu großen Problemen im Bereich Weiterführung der städtischen Haupt- und Realschulen führen. Zu Aufbau, Organisation und Finanzierung einer Kreisgesamtschule

bestünden noch offene Fragen. Hierzu solle die Verwaltung entsprechende Ermittlungen vornehmen. Für eine Beschlussfassung des Rates am 06.10.2010 zu einer eigenen Gesamtschule müssten alle Optionen offen gehalten werden.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erläuterte Herr Schmitz-Porten, dass zur Vermeidung von Ablehnungen ein eigenes Anmeldeverfahren in Abstimmung mit den umliegenden Gesamtschulen erfolgen solle.

Für die FDP-Fraktion stellte Herr Kammel klar, dass ein Vollbedürfnis für eine Gesamtschule in Sankt Augustin vor dem Hintergrund des Anmeldeverfahrens zu Beginn des Jahres zu verneinen sei. Ein Teilbedürfnis in Sankt Augustin und den Nachbarkommunen werde bejaht. Infolge dessen habe der RP entschieden, eine Kreisgesamtschule zu errichten. Ein Standort in Sankt Augustin dürfe nicht zu Lasten bestehender Schulen gehen. Es solle eine Bereicherung und kein Austausch der Schullandschaft erfolgen. Den Anträgen der Fraktionen AUFBRUCH!, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne daher nicht gefolgt werden. Dem Antrag der CDU-Fraktion könne zugestimmt werden.

Frau Schmidt bewertete die jetzige Situation wegen der Entscheidung des RP besser als die vorherige. Eine Kreisgesamtschule würde jedoch vor dem Hintergrund der zum letzten Schuljahr ausgesprochenen Ablehnungen nicht ausreichen um den Bedarf zu decken. Wenn eine Kreisgesamtschule nicht in Sankt Augustin errichtet werde, ergäben sich für die Stadt keine Änderungen, da für das Schuljahr 2011/2012 eine Gesamtschule errichtet werden solle.

Herr Köhler erkannte in den vorliegenden Anträgen eine große Diskrepanz. Den Antrag der CDU-Fraktion bezeichnete er als unentschieden. Die Haltung der FDP-Fraktion sei für ihn unverständlich. Bei Errichtung einer Kreisgesamtschule außerhalb von Sankt Augustin seien unwirtschaftliche Leerstände in städtischen Schulen zu befürchten. Er gehe davon aus, dass eine Kreisgesamtschule in Siegburg errichtet werde, an der sich dann auch die Kinder aus Sankt Augustin anmelden müssten, obwohl in dem vergangenen Anmeldeverfahren der Bedarf in Sankt Augustin höher als in Siegburg war.

Herr Knülle gab zu Bedenken, aus der vorliegenden Schulentwicklungsplanung sei bekannt, dass zukünftig Schulraum leer stehe und auch die Schließung von Schulen in Betracht zu ziehen sei. Mit einer eigenen Gesamtschule könne dieser Problematik begegnet werden. Zunächst sei abzuwarten, wie und an welchem Standort eine Kreisgesamtschule realisiert werden kann. Oberstes Ziel müsse jedoch die Errichtung einer eigenen Gesamtschule sein.

Herr Metz vertrat die Auffassung, dass es für das von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Verfahren keines Antrages bedurft hätte. Mit dem Antrag seiner und der SPD-Fraktion werde die Tür zwischen den Fraktionen geöffnet um zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen.

Nach Meinung von Herrn Grzeszkowiak müsse zunächst dem Landrat Zeit gegeben werden, um auf die Forderung des RP nach einer Kreisgesamtschule reagieren zu können. Hierzu solle die Verwaltung die erforderlichen Informationen einholen; anschließend könne zum weiteren Vorgehen der Stadt beraten und beschlossen werden.

In weiteren Wortbeiträgen warben Vertreter der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! für die jeweils gestellten Anträge.

Hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen für den Fall einer Kreis Gesamtschule, die über eine differenzierte Kreisumlage mit finanziert wird, erläuterte Herr Raubach, dass diese für die aus Sankt Augustin kommenden Schüler gewährt werde.

Zur Höhe einer differenzierten Kreisumlage liegen nach Mitteilung des Bürgermeisters noch keine Erkenntnisse vor.

Anschließend stellte der Bürgermeister den Antrag der Fraktion AUFBRUCH! zur Abstimmung.

**Jastimmen 2**

**Neinstimmen 26**

**Enthaltungen 18 – damit ist der Antrag abgelehnt.**

Protokollnotiz

Die übrigen 3 Ratsmitglieder haben sich entweder an der Abstimmung nicht beteiligt oder waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Anschließend unterbrach der Bürgermeister auf Antrag der Fraktion AUFBRUCH! für 20 Minuten die Sitzung.

Herr Köhler erklärte, dass sich die Fraktion AUFBRUCH! bei der nachfolgenden Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten werde. Der Antrag der CDU-Fraktion werde nicht als Antrag angesehen; diesem könne nicht zugestimmt werden.

Der Bürgermeister lies über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

**Jastimmen 20**

**Neinstimmen 27**

**Enthaltungen 2 – damit ist der Antrag abgelehnt.**

Zum Antrag der CDU-Fraktion beantragte Herr Knülle folgende Ergänzung:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert die Einrichtung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2011/2012 am Standort Menden.“

Der Bürgermeister ließ über den Antrag der CDU-Fraktion mit dem vorstehenden Zusatz abstimmen.

**Jastimmen 22**

**Neinstimmen 27 – damit ist der Antrag abgelehnt**

Anschließend fasste der Rat folgenden Beschluss.